

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales

- Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Berichterstatter Abgeordneter Bräuer SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie dem Landesjugendplan, wird mit den nachfolgend ersichtlichen Änderungen angenommen.

665-2

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 15. Oktober, 12. November und 3. Dezember 1986 den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den Landesjugendplan - beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen vom:

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	10/569 und 10/581
--	----------------------

Als Zuschriften sind eingegangen:

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	10/526
Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, Essen	10/574

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschriften lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 3. Dezember 1986 über Anträge und über den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050, Kapitel 07 410 und den Landesjugendplan - ab.

## Einzelberatung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 3. Dezember 1986 über die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. sowie über den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 37. Landesjugendplan - ab.

Im einzelnen wurden folgende Anträge gestellt:

1. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 010</u>	- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
<u>Titel 422 10</u>	- Bezüge der Beamten (und Richter)
<u>Titel 425 10</u>	- Bezüge der Angestellten

den Ansatz von 26 288 800 DM um 900 000 DM auf 25 388 800 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

2. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 010</u>	- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
<u>Titel 531 00</u>	- Öffentlichkeitsarbeit

den Ansatz von 200 000 DM um 60 000 DM auf 140 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

3. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 531 10

- Aufklärung über Arbeitsmarktpolitik, Berufsbildung und Sozialpolitik

den Ansatz von 75 000 DM um 42 000 DM auf 33 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und 4 Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU gegen 5 Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

4. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 10

- Zuschuß an die Gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung von Beschäftigungsinitiativen mbH

den Ansatz von 1 548 000 DM um 1 548 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

5. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 20

- Zuschüsse zur Unterstützung von Arbeitslosenzentren, -treffs und -initiativen zur Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe beim Versuch der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

den Ansatz von 2 000 000 DM um 800 000 DM auf 2 800 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die pauschale Förderung bereits bestehender Arbeitslosenzentren, -treffs und -initiativen solle erhöht werden. Die danach noch verbleibenden Mittel sollen die Aufnahme in die Förderung bisher nicht geförderter Arbeitslosenzentren, -treffs und -initiativen ermöglichen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und der Stimme der Fraktion der F.D.P angenommen.

5a. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 20

- Zuschüsse zur Unterstützung von Arbeitslosenzentren, -treffs und -initiativen zur Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe beim Versuch der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

folgenden Haushaltsvermerk neu auszubringen:

"Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben der Titelgruppen 70, 71, 72 und 73."

Begründung

Der Haushaltsvermerk erleichtere die Anpassung an Bedarfsverschiebungen während eines laufenden Haushaltsjahres.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und der Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

6. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 30

- Zuschuß an die Technologie-  
beratungsstelle beim Deutschen  
Gewerkschaftsbund - Landesbe-  
zirk Nordrhein-Westfalen - e.V.,  
Oberhausen

den Ansatz von 2 500 000 DM um 2 500 000 DM auf 0 DM  
zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD  
und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion  
der F.D.P. abgelehnt.

6a. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 30

- Zuschuß an die Technologie-  
beratungsstelle beim Deutschen  
Gewerkschaftsbund - Landesbe-  
zirk Nordrhein-Westfalen - e.V.,  
Oberhausen

folgenden Haushaltsvermerk auszubringen:

"Über die Mittel darf in Höhe von 1 500 000 DM nur mit  
Einwilligung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, So-  
ziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flücht-  
linge verfügt werden."

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD  
bei Enthaltung der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen  
die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

7. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titel 892 00</u>	- Zuschüsse an Ausbildungsstätten zur Schaffung von Sozialräumen für weibliche Jugendliche

den Ansatz von 1 500 000 DM um 1 500 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und 5 Stimmen der Fraktion der CDU bei 4 Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

8. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 60</u>	- Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer
<u>Titel 547 60</u>	- Sächliche Verwaltungsausgaben

den Ansatz von 900 000 DM um 300 000 DM auf 600 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und 1 Stimme der Fraktion der CDU bei 8 Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

9. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 60</u>	- Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer
<u>Titel 684 60</u>	- Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Ein- richtungen



den Ansatz von 18 710 000 DM um 4 000 000 DM auf 14 710 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

10. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 64

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Errichtung, Ausstattung und - in Ausnahmefällen - zum Erwerb von Einrichtungen zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation Erwachsener (Berufsbildungszentren)

Titel 893 64

- Zuschüsse für Investitionen an freie Träger

den Ansatz von 4 500 000 DM um 1 500 000 DM auf 3 000 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und 8 Stimmen der Fraktion der CDU bei 1 Stimmenthaltung der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

11. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 70

- Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung jugendlicher Arbeitsloser, zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen sowie zur modelhaften Erprobung neuer Eingliederungsmaßnahmen

den Gesamtansatz von 58 500 000 DM um 5 000 000 DM auf 53 500 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

11a. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 70

- Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung jugendlicher Arbeitsloser, zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen sowie zur modelhaften Erprobung neuer Eingliederungsmaßnahmen

folgenden Haushaltsvermerk neu auszubringen:

"3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 684 20 und den Titelgruppen 71, 72 und 73."

Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 3 wird Nr. 4.

Begründung

Der Haushaltsvermerk erleichtere die Anpassung an Bedarfsverschiebungen während eines laufenden Haushaltsjahres.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und der Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

12. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 71

- Förderung der sozialpädagogischen Begleitung von Maßnahmen im Rahmen der Verbesserung der Beschäftigungssituation

folgenden Haushaltsvermerk neu auszubringen:

"2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 684 20 und bei den Titelgruppen 70, 72 und 73."

Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 2. wird Nr. 3.

Begründung

Der Haushaltsvermerk erleichtere die Anpassung an Bedarfsverschiebungen während eines laufenden Haushaltsjahres.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und der Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

13. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 72

- Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

den Gesamtansatz von 78 700 000 DM um 5 170 000 DM auf 73 530 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

13a. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 72

- Ergänzende Förderung von  
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

folgenden Haushaltsvermerk neu auszubringen:

"3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 684 20 und bei den Titelgruppen 70, 71 und 73."

Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 3 wird Nr. 4.

Begründung

Der Haushaltsvermerk erleichtere die Anpassung an Bedarfsverschiebungen während eines laufenden Haushaltsjahres.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und der Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

14. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 73

- Erleichterung des Übergangs  
vom Ausbildungs- in das Be-  
schäftigungssystem

den Gesamtansatz von 9 000 000 DM um 4 500 000 DM auf 4 500 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

14a. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 73</u>	- Erleichterung des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem

den Ansatz von 9 000 000 DM um 1 300 000 DM auf 7 700 000 DM zu kürzen, und zwar bei

<u>Titel 682 73</u>	- Zuschüsse an öffentliche Unternehmen
---------------------	--

von 1 000 000 DM um 150 000 DM auf 850 000 DM und bei

<u>Titel 683 73</u>	- Zuschüsse an private Unternehmen
---------------------	------------------------------------

von 8 000 000 DM um 1 150 000 DM auf 6 850 000 DM.

Begründung

Weniger wegen geringerer Vorbelastungen aus dem Jahre 1986.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

14b. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 73</u>	- Erleichterung des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem

folgenden Haushaltsvermerk neu auszubringen:

"3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 684 20 und bei den Titelgruppen 70, 71 und 72."

Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 3 wird Nr. 4.

Begründung

Der Haushaltsvermerk erleichtere die Anpassung an Bedarfsverschiebungen während eines laufenden Haushaltsjahres.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und der Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

15. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 90

- Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung

Titel 526 90

- Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

den Ansatz von 15 203 000 DM um 15 203 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

16. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 90

- Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung

Titel 526 90

- Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

den Ansatz von 15 203 000 DM um 5 000 000 DM auf 10 203 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimme der Fraktion der F.D.P gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

17. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 91</u>	- Sozial- und arbeitswissenschaftliche Untersuchungen
<u>Titel 526 91</u>	- Kosten für Untersuchungsvorhaben und Sachverständige

den Ansatz von 800 000 DM um 800 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei 8 Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU gegen 1 Stimme der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

18. Die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titel 684 11</u>	- Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen

den Ansatz von 23 600 000 DM um 1 400 000 DM auf 25 000 000 DM zu erhöhen.

#### Begründung

Der Erhöhungsbetrag solle zur Abdeckung des dringenden Mehrbedarfs der Wohlfahrtsverbände dienen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

19. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titel 684 15

- Zuschüsse für Erholungsmaßnahmen für erwachsene behinderte Menschen

den Ansatz von 250 000 DM um 250 000 DM auf 500 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Der Erhöhungsbetrag solle zur Abdeckung des Mehrbedarfs dienen.

Die Fraktion der CDU trat diesem Antrag bei.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

20. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titel 684 19

- Zuschuß an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege"

den Ansatz von 33 550 000 DM um 48 450 000 DM auf 82 000 000 DM zu erhöhen.



Begründung

Das gesamte Aufkommen an Spielbankabgabe solle an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege" abgeführt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

21. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titelgruppe 62

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung der Ausbildung in staatlich anerkannten Fachseminaren für Altenpflege und Familienpflege

den Ansatz von 4 450 000 DM um 1 000 000 DM auf 5 450 000 DM zu erhöhen, und zwar bei

Titel 653 62

- Fachseminare in kommunaler Trägerschaft

von 380 000 DM um 100 000 DM auf 480 000 DM und bei

Titel 684 62

- Fachseminare in freier gemeinnütziger Trägerschaft

von 4 070 000 DM um 900 000 DM auf 4 970 000 DM.

Begründung

Der Erhöhungsbetrag solle zur Begrenzung des "Schulgeldes" dienen.

Die Fraktion der CDU trat diesem Antrag bei.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

22. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 531 00

- Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG

den Ansatz von 150 000 DM um 100 000 DM auf 250 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Der Erhöhungsbetrag solle zur Abdeckung des dringenden Mehrbedarfs zum Ankauf von Kulturgut dienen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

23. Die Fraktion der SPD und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 30

- Zuschüsse an die Beiräte für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen

den Ansatz von 260 000 DM um 20 000 DM auf 280 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Der Erhöhungsbetrag solle der Anpassung an die Kostensteigerung dienen.

Die Fraktion der CDU trat diesem Antrag bei.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

24. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 070

- Krankenhausförderung

Titelgruppe 60

- Förderung von Investitionen von Krankenhäusern und mit diesen notwendigerweise verbundenen Ausbildungsstätten sowie gleichgestellten Einrichtungen nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG a.F.)

den Gesamtansatz von 500 000 000 DM um 50 000 000 DM auf 550 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Der Erhöhungsbetrag solle als "Angebot" an die Krankenhaussträger zur Kapitaldienstfinanzierung zusätzlicher Investitionen dienen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

25. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 070

- Krankenhausförderung

Titelgruppe 62

- Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke für Krankenhäuser nach §§ 4, 8, 11, 12 und 13 KHG a.F.

den Ansatz von 69 000 000 DM um 1 270 000 DM auf 67 730 000 DM zu kürzen, und zwar bei

Titel 653 62

- Zuweisungen für Landeskrankenhäuser, soweit nach dem KHG a.F. förderungsfähig

von 13 000 000 DM um 270 000 DM auf 12 730 000 DM und bei

Titel 684 62

- Zuschüsse für freie gemeinnützige  
Krankenhäuser

von 51 000 000 DM um 1 000 000 DM auf 50 000 000 DM

sowie in den Erläuterungen zu Titelgruppe 62 Buchstabe d)  
ist der Betrag von 64 500 000 DM um 1 270 000 DM auf  
63 230 000 DM zu kürzen.

Begründung

Der Bedarf bei dieser Titelgruppe sei, wie die Entwick-  
lung der Ist-Ausgaben zeige, rückläufig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD  
und den Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der  
Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

26. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, das

Kapitel 07 120

- Institut "Arbeit und Technik"

mit Gesamtausgaben in Höhe von 1 360 000 DM ersatzlos  
zu streichen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD  
bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU gegen die Stimme  
der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

26a. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 120

- Institut "Arbeit und Technik"

hinter dem Wort "Ausgaben" folgenden Haushaltsvermerk  
auszubringen:

"Über die Mittel des Kapitels darf nur mit Einwilligung  
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und An-  
gelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge verfügt  
werden.

Begründung

Art und Umfang der Aufgaben des Instituts müßten von der Landesregierung noch konkretisiert werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. an.

Bräuer

Vorsitzender